

Pressemitteilung

### **Integration von Geflüchteten - bessere Verzahnung von Spracherwerb und Alltag notwendig**

Am 27. Februar 2018 fand der dritte Workshop des Forschungsprojekts „Integrationsprozesse von Geflüchteten in nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden“ statt. Gastgeber des Workshops war das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) in Düsseldorf. Ziel war es, Ergebnisse des Projekts zu den thematischen Schwerpunkten „Spracherwerb und Berufseinstieg“, „Einstieg in den Wohnungsmarkt“ und „Organisationsstrukturen“ zu präsentieren und diese gemeinsam zu diskutieren mit kommunalen Integrationsexperten, Geflüchteten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, die in den Abteilungen „Integration“ sowie „Ausländer- und Flüchtlingsangelegenheiten“ tätig sind.

Ein zentrales Ergebnis des Workshops ist, dass mehr Möglichkeiten gewünscht werden, Arbeit und Spracherwerb zu verbinden. Es wurde deutlich, dass der Arbeitsplatz eine wichtige Rolle für den Spracherwerb spielt und dass die Sprachkurse die Arbeitswelt zu wenig berücksichtigen. Auch wenn der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen in Köln und Heinsberg voranschreitet, fehlt es zum Teil an wohnortnahen Kursen. Dies kann in städtischen Randlagen sowie in ländlichen Gebieten eine deutliche Barriere darstellen. Weiterhin benachteiligt sind Frauen mit kleinen Kindern, da es nach wie vor zu wenig Kurse mit Betreuungsmöglichkeiten gibt. Für Menschen mit einer unsicheren Bleibeperspektive, die zunächst keinen Zugang zu einem Integrationskurs haben, schließt das Land NRW zunehmend diese „Lücke“ im Sprachkursangebot.

Der „Einstieg in den Wohnungsmarkt“ ist für Geflüchtete nicht nur in angespannten urbanen Wohnungsmärkten, sondern auch in Teilen des ländlichen Raumes schwierig. Rechtliche Vorgaben wie die Wohnsitzauflage und kurze Aufenthaltsperspektiven erschweren die Suche zusätzlich. Oft werden hohe Maklersummen für die Vermittlung von Wohnraum verlangt, Wohnungen sind in schlechtem Zustand und Mietverhältnisse unsicher. Konsens ist, dass Geflüchtete zu einem frühen Zeitpunkt über Rechte und Standards informiert werden müssen. In Großstädten findet der Zuzug überwiegend in Stadtviertel mit preisgünstigem Wohnraum statt. Diese Ankunftsquartiere bedürfen einer besonderen finanziellen Förderung, um sie in ihrer Integrationsleistung zu unterstützen.

In der Diskussion um die „Organisationsstrukturen“ wurde vor allem das Ziel einer einheitlichen Verwaltungspraxis hervorgehoben, da Behörden in ihrer Arbeit mit Geflüchteten derzeit oft gegensätzlichen Handlungslogiken folgen. Die Arbeitsagenturen zielen auf eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt, während die Ausländerbehörden dadurch eine Verfestigung des Aufenthalts befürchten. Um Verwaltungsabläufe zu harmonisieren, wurden im Rahmen des vom MKFFI finanzierten Projekts "Einwanderung gestalten NRW" in Köln bereits Veränderungen der Organisationsstruktur angestoßen.

Insgesamt bot der Workshop allen Beteiligten die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Ansichten an die politische Ebene heranzutragen und daraus gemeinsame Handlungserfordernisse zu formulieren.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden rund 40 Geflüchtete und rund 30 Experten zum Integrationsprozess in der Stadt Köln und im Kreis Heinsberg interviewt. Nachdem erste Forschungsergebnisse im Juni und November 2017 bereits mit den Experten bzw. Geflüchteten diskutiert wurden, war in diesem Workshop auch die Landesebene an der Diskussion beteiligt. Das Projekt ist eine Kooperation der drei Universitäten Aachen, Bonn und Köln und wird gefördert durch das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) des Landes NRW.

Bei Fragen zum Projekt wenden Sie sich bitte an Francesca Adam: francesca.adam@geo.rwth-aachen.de

Weitere Informationen: <https://ankommen-nrw.com/>